



BERLINER NOTIZEN

Bodo Seidenthal (MdB) informiert aus der Hauptstadt

Ausgabe 3, Nummer 2

Februar 2002

Wir haben nicht alles anders, aber vieles besser gemacht

Wir regieren in der rot-grünen Koalition seit über drei Jahren. Wir haben in dieser Zeit sehr viel auf den Weg gebracht – mehr als uns eigentlich bewusst ist.

Die Koalition hat sich bewährt. Wir wollen diese Arbeit genauso erfolgreich fortsetzen – bis zum Wahltermin, denn die Reformarbeit geht weiter und der Bundestag wird in diesem Jahr noch eine ganze Reihe von Arbeitsvorhaben der rot-grünen Koalition beraten und verabschieden.

Wir wollen diese Zusammenarbeit, wenn das Wahlergebnis es zulässt, auch darüber hinaus fortsetzen. Wir hatten sehr viel Schutt von 16 Jahren Kohl wegzuräumen, aber wir können nach diesen drei Jahren feststellen: Es ist nicht alles anders geworden, aber vieles besser.

Wir sind angetreten für mehr Innovation und mehr Gerechtigkeit. Wir sind angetreten für eine nachhaltige Politik und für mehr Sicherheit – mehr innere Sicherheit, mehr äußere

Sicherheit, für die Sicherung der Zukunft in einer sich wandelnden Welt.

Stichwort Gerechtigkeit: Wir haben soziale Schieflagen korrigiert: Lohnfortzahlung, Kündigungsschutz, Medikamentenzuzahlung, Schlechtwettergeld, Wohngeld, BAföG, Mieterschutz – um einige Dinge zu nennen, die teilweise schon fast wieder eine Selbstverständlichkeit geworden sind.

Das alles haben wir machen müssen, weil es vorher von Kohl, Union und FDP abgebaut oder verschlechtert worden war.

Wir haben das Kindergeld dreimal – von 230 DM auf 300 DM für das erste und zweite Kind - erhöht und Kinder und Familien wieder ins Zentrum der Politik gerückt.

Wir haben gleich zu Beginn unserer Arbeit ein großes, erfolgreiches Programm gegen die Jugendarbeitslosigkeit aufgelegt und wir haben für die Entstehung neuer Ar-

Moment mal...

„Die Union will nach einem Wahlsieg die Besteuerung großer Unternehmen wieder verschärfen.“

(Peter Rauen, stell. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Handelsblatt vom 20.02.02)

„Die CDU wird sicher keine Steuererhöhungsvorschläge machen“
(Friedrich Merz in der FAZ vom 21.02.02)

In dieser Ausgabe:



beitsplätze gesorgt – u.a. dadurch, dass wir die Lohnnebenkosten gesenkt haben. Die Zahl der Erwerbstätigen ist im Verlauf dieser Legislaturperiode um 1,2 Mio. gestiegen. Die Zahl der Arbeitslosen liegt um mehr als 500.000 niedriger als 1997.

Wir haben die Steuern gesenkt und Steuerschlupflöcher gestopft, wir haben mehr Steuererechtigkeit geschaffen. Eine Familie mit zwei Kindern und einem Jahres-Bruttoverdienst von 50.000 DM wird im Jahre 2005 durch unsere Steuerreform um 2/3 der Steuerschuld entlastet sein, die sie 1998, im letzten Jahr der Regierung Kohl, zu tragen hatte. Wer doppelt soviel verdient, wird um 25% entlastet.

Stichwort Innovation: Wir haben die Investitionen in die Ausbildungsförderung – das sind Bildungsinvestitionen und Zukunftsinvestitionen - gesteigert und die Investitionen in Forschung, Entwicklung und Energieeinsparung für die Umwelt erhöht. Bis jetzt um mehr als 20%.

Wir haben für die Unternehmen ein modernes, investitionsfreundliches Steuerrecht geschaffen.

Wir haben – das ist nachhaltig und das ist innovativ – den Ausstieg aus der Kernenergie fest vereinbart und gesetzlich fixiert. Wir haben den Einstieg in eine neue umweltfreundliche Energieversorgung eingeleitet, die auch Arbeitsplatzchancen beinhaltet.

Unsere Finanzpolitik ist auch nachhaltig, denn sie sichert nachwachsenden Generationen Handlungsspielräume.

Dazu gehört auch die dauerhafte Sicherung eines hohen Renteniveaus durch den Aufbau einer zusätzlichen kapitalgedeckten Säule, die vom Staat umfassend gefördert wird.

Wir haben den Marsch in den Schuldenstaat gestoppt. Wir reduzieren die Neuverschuldung Stück für Stück. Mit den Erlösen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen verringern wir die Schulden und nutzen die eingesparten Zinsen für Investitionen in die Infrastruktur, in Verkehrswege, in Forschung und Entwicklung, in die Energieeinsparung, für die Umwelt. Wir haben beschlossen, dieses Zukunftsinvestitionsprogramm über 2003 hinaus bis zum Jahr 2007 fortzuführen.

Wir haben ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht geschaffen und sind dabei, die Zuwanderung vernünftig zu regeln.

Wir haben wichtige Schritte für die bessere Gleichstellung der Frauen erreicht – das Gleichstellungsgesetz für den öffentlichen Dienst, die Vereinbarung mit der Wirtschaft über die Verbesserung der Chancen der Frauen in den Unternehmen, ein besserer Schutz vor Gewalt in der Ehe.

Wir haben gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften Rechtssicherheit und eine rechtliche Anerkennung verschafft, die an die längst vollzogene Entwicklung der Gesellschaft anpaßt. Wir haben die jahrzehntelang offene Frage der Zwangsarbeiterentschädigung endlich geregelt.

Die Ereignisse des 11. September waren ein



schrecklicher Einschnitt. Die Koalition hat besonnen, aber konsequent und entschlossen reagiert. Wir stehen zu unseren außenpolitischen Verpflichtungen im Bündnis und akzeptieren die gewandelte außenpolitische Rolle Deutschlands.

Wir passen die Strukturen der Bundeswehr daran an – wir bleiben bei der Wehrpflicht, verkleinern die Bundeswehr und machen sie schlagkräftiger.

Wir betrachten Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik als eine Friedenspolitik, die Stabilität, Ausgleich und friedliches Miteinander zum Ziel hat. Das geht nur, wenn man ein verlässlicher Partner ist, und das sind wir.

Nur wer zu seinen Verpflichtungen steht, kann Einfluss nehmen. Gerhard Schröder hat zu Recht festgestellt: Die Stimme Deutschlands hat an Gewicht gewonnen.

Wir haben die Einleitung eines Schuldenerlasses für die ärmsten Länder der Welt auf den Weg gebracht und wollen diese Politik fortsetzen.

Das ist eine gute Bilanz. Man könnte einwenden: Wir haben zu viel gemacht und zu wenig darüber geredet. Deshalb dürfen wir eines nicht tun: Unsere Erfolge kleinreden, unter den Scheffel stellen und sie selber problematisieren.

Wir können stolz sein auf diese Erfolge, denn die haben wir selbst geschaffen – mit viel Arbeit, langen Diskussionen, aber durch geschlossenes Abstimmen und Handeln. Sonst wäre es nicht gegangen. Und so müssen und wollen wir weitermachen.

Wir haben Bewegung in die Politik gebracht, viele Reformen durchgeführt und Weichenstellun-

gen für die Zukunft vorgenommen. Mit Mut und Augenmaß, mit einer Politik der Mitte, interessenausgleichend und um Konsens bemüht.

Wir geben uns damit nicht zufrieden. Wir haben viel erreicht, aber es ist noch viel zu tun, bis die Versäumnisse und Fehler von 16 Jahren Kohl ausgebessert und aufgeholt sind.

Wir kriegen die Probleme gelöst, eins nach dem anderen – während Herr Stoiber in der Sache fast gar nichts mehr sagt und Herr Merz sagt, daß sie im Sommer sagen wollen, was sie wollen.

Warum unklar ist, was gilt und was die Union will, das hat im übrigen seine Gründe: Es gibt den CSU-Vorstand, es gibt das CDU-Präsidium, es gibt einen kleinlaut gewordenen Generalsekretär der CDU in Berlin und einen lautstarken Generalsekretär der CSU in München, es gibt eine Wahlkampfleitung der CSU in München und eine Wahlkampfgruppe „Arena 02“ der Union in Berlin, es gibt den Medienberater Spreng, es gibt die beamteten Berater aus der Staatskanzlei, es gibt das „Team 40 plus“, es gibt einen Beraterkreis „Stoiber-Team“, es gibt eine Agentur Serviceplan, die für die CSU arbeitet, und es gibt eine Agentur McCann-Erickson, die für die CDU arbeitet, es gibt einen Ostberater Rehberg aus Mecklenburg-Vorpommern, und es gibt jetzt auch noch einen Ostberater Nooke aus der Bundestagsfraktion. Da schaut keiner mehr durch, und das kann auch nicht funktionieren. Wenn man das anschaut: Es werden vermutlich noch ein paar Gremien zur Koordinierung der Wahlkampfkoordinationsgremien dazukommen.

Bodo Seidenthal, MdB

Büro:

Paul-Löbe-Haus, Zi. 7.237/39/41

Telefon: 030/227-7 38 66

Postanschrift:

Fax: 030/227-7 64 19

Platz der Republik 1

E-Mail: bodo.seidenthal@bundestag.de

11011 Berlin

Ansprechpartnerin: Katharina Fricke

Bürgerbüro:

Schuhstraße 24

38350 Helmstedt

Telefon: 0 53 51/59 98 27

Ansprechpartner: Michael Eli

Wahlkreisbüro:

Schillerstraße 6-8

38440 Wolfsburg

Telefon: 0 53 61/1 44 18

Ansprechpartner: Dirk Roller

Diese Woche im Bundestag

In dieser Woche werden wir in 2./3. Lesung das **Zuwanderungsgesetz** beschließen. Wir haben von Anfang an deutlich gemacht, dass wir an einem Konsens mit der Opposition interessiert sind und eine breite Zustimmung zu diesem Gesetz sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat wollen. Die Union ist an einer Einigung nicht mehr interessiert. Ihr ist jedes noch so billige Argument recht, die Konsensgespräche zu boykottieren. Das Zuwanderungsgesetz ist wichtig für unser Land. Wir brauchen ein neues, modernes Zuwanderungsrecht, mit dem wir Zuwanderung nach Deutschland steuern und gleichzeitig den Bedarf unserer Wirtschaft an qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland decken können. Alle gesellschaftlich relevanten Gruppen wollen es: die Kirchen, die Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften. Nur die Union verweigert sich, aus durchsichtigen, wahltaktischen Überlegungen. Wenn Merz behauptet, wir wollten eine „massive Ausdehnung der Einwanderung, auch der unkontrollierten Einwanderung“ (Tagesspiegel vom 18.2.2002), dann sagt er wider besseres Wissen die Unwahrheit.

Wir verabschieden in dieser Woche in 2. und 3. Lesung das **Gleichstellungsgesetz für behinderte Menschen**. Dieses Gesetz ist nach dem Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter und nach der Neugestaltung des SGB IX das dritte wichtige Projekt, mit dem wir die Rechte

von Menschen mit Behinderungen stärken. Kernstück des anstehenden Gesetzes ist die Herstellung barrierefrei gestalteter Lebensbereiche. Behinderte sollen in allen Lebensbereichen einen guten Zugang und eine uneingeschränkte Nutzung haben können. Wir fördern die Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe – ein weiteres Stück „Versprochen und Wort gehalten“.

Außerdem bringen wir die **Novelle zum Hochschulrahmengesetz** ein. Wir schreiben darin fest, dass auch zukünftig für das Erststudium keine Studiengebühren erhoben werden. Chancengerechtigkeit in der Bildungspolitik ist eine ursozialdemokratische Forderung. Bildung darf und wird auch in Zukunft nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Wir brauchen mehr junge Menschen, die studieren; das ist für ein Land wie Deutschland von existentieller Bedeutung. Mit der Reform des BAföG, die zum 1. April 2001 in Kraft getreten ist, haben wir bereits ein klares Zeichen zur Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Bildungsbeteiligung insbesondere für Kinder von Eltern mit kleinen und mittleren Einkommen gesetzt. 80.000 junge Menschen haben durch die Reform des BAföGs zusätzlich Anspruch auf Förderung. Die Gebührenfreiheit für das Erststudium ist eine weitere wichtige Investition in den Bildungsstandort Deutschland und ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit.